

## **2. Festsetzung Budget für das Rechnungsjahr 2024**

Antrag des Regierungsrates vom 30. August 2023, Nachtrag vom 27. September 2023 und Antrag der Finanzkommission vom 23. November 2023

Vorlage 5930b (*Fortsetzung der Beratung*)

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Unter Berücksichtigung der vom Kantonsrat beschlossenen Änderungen ergeben sich im Budget gesamthaft in der Erfolgsrechnung ein Aufwandüberschuss von 188,7 Millionen Franken und in der Investitionsrechnung Investitionsausgaben von 1,264 Milliarden Franken. Somit kommen wir zur Festsetzung des Budgets und zu den Anträgen. Neben dem Mehrheitsantrag der FIKO auf Zustimmung zum Budget liegt ein Minderheitsantrag von Selma L'Orange Seigo und Mitunterzeichnenden zur Ablehnung des Budgets vor.

***Minderheitsantrag Selma L'Orange Seigo, Tobias Langenegger, Hannah Pfalzgraf:***

*Das Budget für das Rechnungsjahr 2024 wird abgelehnt.*

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Präsident der Finanzkommission (FIKO):* Wie schon im Einführungsreferat erwähnt, empfiehlt die Finanzkommission das Budget 2024 grossmehrheitlich zur Annahme. Eine Minderheit beantragt dem Kantonsrat, das Budget abzulehnen. Neben dem Auftrag zur Begrenzung des Aufgaben- und Personalwachstums, also den Pauschalantrag in der Leistungsgruppe 4950, erwartet die Kommissionsmehrheit zudem, dass sich die Investitionen in die Digitalisierung bald dämpfend auf das künftige Stellenwachstum auswirken und die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger verbessern. Vor dem Hintergrund all dieser Erwägungen empfiehlt die Kommissionsmehrheit die Annahme des abgeänderten Budgets.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Wir kommen zur Elefantenrunde. Ich erteile das Wort den Fraktionsvorsitzenden für ein Schlussvotum. Sie haben dafür eine Redezeit von fünf Minuten. Ich würde gerne der Grösse nach das Wort erteilen.

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen):* Ich spreche nun als Fraktionspräsident, also nicht als FIKO-Präsident (*Finanzkommission*).

Ganz am Anfang wurde gesagt, dass wir bei diesem Budget zu wenig Anträge gestellt haben, dass es zahllos sei und dass wir hier mutlos einen Pauschalantrag in die Runde geworfen haben. Das zeigt natürlich unsere Kompromissstärke. Wir wollten lieber mit einem Sammelantrag über alle Leistungsgruppen hinweg, über alle Direktionen hinweg, spezifisch in den Leistungsgruppen, sparen. Da sieht man, dass die SVP Hand bietet, dass wir hier eine Mehrheit machen können mit der GLP, Mitte und FDP und uns bereit erklären, von einem Sammelantrag hinweg zu einem Pauschalantrag hinüberzugehen. Der Kompromiss, mit 182 Milli-

onen Franken das Budget zu verbessern, bedeutet aber immer noch, dass der mittelfristige Ausgleich im Minus liegt. Sie sehen, dass wir jedes Jahr etwa 800 Millionen Franken Mehrausgaben tätigen. Wir Politiker, wir bestellen, wir fordern, wir wollen bessere Qualität, wir wollen bessere Schulen. Das bedeutet etwa 1,5 Milliarden Franken Defizit in den nächsten Planjahren. Wenn Sie diesen Aufwand anschauen, wenn Sie sehen, wohin die Reise geht, dann ist eben die Strategie der SVP diese, dass wir die Ausgaben bremsen möchten und gleichzeitig – und jetzt die These, die wir vertreten, die sie nicht verstehen wollen von der linken Seite –, die Steuern senken, damit wir ein höheres, breiteres Steuersubstrat haben. Ich bin davon überzeugt, dass wir mehr Steuereinnahmen haben werden. Das sagt auch der Regierungsrat. Auch er ist dieser Meinung, dass wir eine Milliarde Franken mehr Steuereinnahmen haben werden trotz der Steuersenkung, um all diese Ausgaben, dieses Wachstum zu finanzieren. Stellen Sie sich vor, wir sind jetzt bei diesem Steuerfuss, und Sie merken, wir laufen in ein strukturelles Defizit hinein; uns fehlen 1,5 Milliarden Franken. Das bringen Sie nicht hin, indem Sie die Steuern erhöhen, 75 Millionen Franken, dann ist vielleicht 1 Steuerprozent, noch 60 Millionen Franken. Das beschaffen wir, indem wir die Steuern senken. Der Regierungsrat macht es jetzt mit 1 Prozent. Wir haben dem zugestimmt. Das heisst, das Tal der Tränen ist nicht so tief, nicht so lang, und wir werden am Schluss mehr Steuersubstrat haben, um diese Herausforderung, die Investition, die für uns liegen, die 5,1 Milliarden Franken, damit wir die mit mehr als nur 32 Prozent selber finanzieren können. Diese These der Bürgerlichen, die geht eben auf, sonst müssen Sie mir das Beispiel zeigen in der Schweiz, im Föderalismus, welcher Kanton, welche Stadt. Sie können Basel-Stadt nehmen. Die haben die Steuern gesenkt und haben mehr Steuereinnahmen. Zeigen Sie mir das empirische Beispiel in der Schweiz, wo es funktioniert, dass man mit Steuererhöhung ein strukturelles Defizit verringern könnte. Das stimmt einfach nicht.

Es ist ein bisschen wie in einem Hotel: Ich vermiete lieber alle Zimmer für 180 Franken, als dass ich ein paar Zimmer für 350 Franken vermiete. Das ist der Kanton. Und er hat den Vorteil, dass er eigentlich fast unzählige Zimmer hat, die er vermieten kann. Und wenn wir die Steuern jetzt senken können, und zwar konstant, ich hoffe auch in zwei Jahren, dass wir wieder die Steuern senken können, dann sind wir in der Lage, die Herausforderung, die vor dem Kanton Zürich liegt, zu finanzieren. Diese Herausforderung ist vor allem da – und das sage ich jetzt – wegen der Zuwanderung. (*Heiterkeit*) Darauf habe ich jetzt gewartet. Aber das ist die Bestätigung, dass ich Recht habe. (*Heiterkeit*) Die Zuwanderung löst das Stellenwachstum aus in den Gerichten, in den Schulen, bei der Polizei. Und wenn Sie all diese Dienstleistungen erfüllen wollen, dann brauchen wir ein breiteres, höheres Steuersubstrat. Ich glaube, jetzt beim dritten Mal – nachdem ich es nun erklärt habe –, haben Sie es alle verstanden.

Ich möchte nun dem Regierungsrat und seinem Team danken, dass sie wirklich gute Arbeit geleistet haben. Wir unterstützen das, wir unterstützen das Budget. Wir stimmen dem zu. Wir lehnen das nicht ab, wie das die SP und die Grünen machen wollen – ist eigentlich paradox als Regierungsratspartei, aber das sollen

dann die Medien selbst beurteilen. Ich danke Ihnen und ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Was bleibt von dieser Budgetdebatte? Inkonssequenzen zu Hauf und nichts und wieder nichts für die grosse Mehrheit der Bevölkerung.

Inkonsequenz Nummer eins: Dinge bestellen, aber dann nicht bezahlen. Wer ständig mehr Polizistinnen und Polizisten bewilligt, kann nicht beim Justizvollzug kürzen. Wer ständig nach Digitalisierung schreit, kann nicht zentrale Digitalisierungsprojekte kürzen. Wer ständig bessere Bildung fordert, kann nicht bei der Informatikausrüstung der Mittelschulen kürzen.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Inkonssequenz Nummer zwei: Steuern senken, obwohl der mittelfristige Ausgleich verfehlt wird. Die Steuerfuss-Senkung um 1 Prozent kommt zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Im Zwischenbericht zur Rechnung 2023 rechnet der Regierungsrat erstmals seit langer Zeit mit einem Defizit in der Höhe von 470 Millionen Franken. Zusätzlich fällt das Rekordjahr 2020 aus dem mittelfristigen Ausgleich. Mit der soeben beschlossenen Steuerfuss-Senkung fehlen im mittelfristigen Ausgleich damit weit über eine halbe Milliarde Franken.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Inkonssequenz Nummer drei: Trotzdem fleissig weiterbestellen. Wir wissen bereits jetzt, dass weitere Vorlagen in den Rat kommen werden, die finanziert werden müssen. Dazu gehört insbesondere die Vorlage zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese wird voraussichtlich nächstes Jahr zuhänden des Kantonsrats verabschiedet und einen zwei- bis dreistelligen Millionenbetrag kosten. Der zweite Schritt der SV17 (*Steuervorlagen 17*), den Sie, liebe Bürgerliche, alle wollen, wird weitere hohe Steuerausfälle verursachen. Dass das finanzpolitisch nicht aufgeht, liegt auf der Hand. Tobias Weidmann möchte 1,5 Milliarden Franken einnehmen mit Steuersenkungen und sagt, wenn die Steuern runtergehen, nimmt man mehr ein. Es ist genau umgekehrt. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, eine Initiative der AL, hat das Gegenteil bewiesen.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Inkonssequenz Nummer vier: Immer Mittelstand rufen, nie effektiv etwas für ihn tun. Wer am meisten unter der gegenwärtigen rekordhohen Teuerung leidet und eine Entlastung dringend nötig hätte, sind die unteren und mittleren Einkommen. Nur, die Steuersenkung um 1 Prozent bringt ihnen gar nichts. Was den Mittelstand wirklich entlasten würde, wären mehr Mittel, mehr Mittel für die externe Kinderbetreuung, mehr Mittel für die individuelle Prämienverbilligung und mehr Mittel für die Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs. All das findet aber bekanntlich nicht statt, weil Sie von der bürgerlichen Mehrheit das bewusst nicht wollen. Tatsächlich führen Sie die Mehrheit der Bevölkerung an der Nase herum, indem Sie ihr vorgaukeln, sie würde von der Steuersenkung profitieren. Dabei kann eine Familie mit Medianeinkommen davon nicht einmal

ein Abendessen in einer Pizzeria bezahlen, weil drei Dutzend Franken dafür im Kanton Zürich bekanntlich nicht reichen.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Profitieren werden einmal mehr nur die extrem hohen Einkommen; bei ihnen schenkt die Steuersenkung richtig ein. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben, verbunden mit dem leeren Versprechen, dass das Geld dann über den Trickle-Down-Effekt irgendwie wieder unten an- und damit allen zugutekommt. Diese Theorie wurde unterdessen so oft widerlegt, dass es müssig ist, sie noch ins Feld zu führen. Sie ist schlicht falsch.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Zu dieser Umverteilung von unten nach oben sagen wir laut und deutlich Nein. Wir lehnen das Budget deshalb ab. Wir brauchen unbedingt eine Weihnachtspause, um das zu verdauen, was heute passiert ist, freuen uns dann aber, Sie alle hoffentlich im neuen Jahr wiederzusehen.

*André Müller (FDP, Uitikon):* Nun haben wir es wieder einmal vollbracht, was von Anfang an klar war: Wir haben ein Budget verabschiedet. Auch dieses Jahr haben wir gerungen mit dem, was uns der Regierungsrat vorgelegt hat. Dafür gibt es zwei Gründe: die Legislative und die Exekutive. Der Legislative, das heisst, uns allen hier fehlt es an Disziplin, dem Regierungsrat an Mut.

Wir erinnern uns an die Vorlage «Beeinflussbarkeit des Staatshaushalts» (*Vorlage 5776*), die wir vor genau einem Jahr hier erledigt abgeschlossen haben. Wem die Vorlage nicht mehr geläufig ist, der sei daran erinnert: Rund 39 Prozent des Aufwands des Budgets sind durch Bundesrecht vorgegeben, das heisst, der Kanton Zürich kann rund 61 Prozent des Aufwands selber beeinflussen. Mit anderen Worten, das Budget ist Ausfluss der legislativen Arbeit dieses ehrenwerten Rates. Das Budget ist der Output-, nicht die Input-Variable. Budget-Anträge in den Leistungsgruppen sind daher ein Akt von Verlegenheit oder von Faulheit – oder wahrscheinlich sogar von beidem. Wir kriegen vom Regierungsrat genau das Budget, das wir verdienen, nämlich das, das wir über das Jahr hinweg bestellt haben. Nun ist uns Bürgerlichen wenigstens zugutezuhalten, dass Sie in den letzten vier Jahren der rotgrünen Verschwendung gefrönt haben, nach dem Motto «dörf's no äs bitzli meh sy?», was wir heute und in den nächsten vier Jahren korrigieren müssen.

Aber auch der Regierungsrat muss sich für seine Mutlosigkeit einen Vorwurf gefallen lassen. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten des Kantons wächst weitaus schneller als die Bevölkerung, anders ausgedrückt, der Kanton hat einen negativen Effizienzquotienten. Mit jedem zusätzlich ausgegebenen Franken wird weniger Leistung pro Kopf für die Steuerzahler erwirtschaftet. Es entsteht so der Eindruck, dass der Regierungsrat als rüstiger Rentner einer Art Altersmilde erliegt und von der Verwaltung nicht mehr das einfordert, was selbstverständlich sein sollte: Jeder Franken, der vom Staat nicht ausgegeben wird, ist ein guter Franken. Vor diesem Hintergrund sind die Pauschalanträge in der Leistungsgruppe 4950 zu sehen, die zwei Botschaften enthalten: Einerseits eine Bekundung unseres Unmuts, wie offenherzig der Regierungsrat die Steuergelder ausgibt, andererseits

sollte es der Regierungsrat als Vertrauensbeweis ansehen, dass wir einen Pauschantrag in der Leistungsgruppe 4950 und keinen Sammelantrag in den verschiedenen Leistungsgruppen stellen. Der Regierungsrat weiss am besten, wo noch Luft im Budget ist. Und ebenfalls Schlüsse ziehen sollte der Regierungsrat aus dem Antrag für eine zweiprozentige Steuerreduktion der SVP und FDP, die leider erfolglos blieb. Das war ein Versprechen in der letzten Legislatur und im Regierungsratswahlkampf, lieber Regierungsrat. Ich freue mich natürlich, dass der Regierungsrat endlich anerkennt und erwähnt, dass er auch einmal etwas für die guten Steuerzahler machen will. Aber solange der Staat nicht effizient arbeiten kann, solange werden wir auf Steuerreduktionen pochen. Ich rufe Ihnen allen in Erinnerungen, für wen wir hier arbeiten: Für die Bevölkerung des Kanton Zürich, die jeden Franken zuerst verdienen muss, den wir hier grosszügig ausgeben.

Da wir diese Debatte im Advent halten, lassen Sie mich dazu ein paar abschliessende Gedanken machen. In der Liturgie des Advents kommt die Erwartung der verheissenen Heilszeit zum Ausdruck. Auf den Kantonsrat zugeschnitten, erhoffe ich mir, dass wir Kantonsräte uns 2024 legiferierend vermehrt zurückhalten und über Regulierungsfolgekosten debattieren. Setzen wir zu einer kantonsrätlichen Heilszeit an. Da wir am Ende der Adventszeit das Weihnachtsfest feiern, wo wir uns ungezwungen reich beschenken, so wünsche ich mir vom Regierungsrat, dass er im nächsten Jahr den Rotstift konsequenter ansetzt. Und damit Sie, geschätzter Regierungsrat, beim Ansetzen des Rotstifts nicht zuerst diesen über ein Nachtragskredit beantragen müssen, schenke ich Ihnen in Vertretung aller Steuerzahler im Kanton Zürich gerne einen Rotstift als Weihnachtsgeschenk. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und hoffe auf die Erfüllung meiner Wünsche.

*Christa Stünzi (GLP, Horgen):* Man sagt den Schweizern und Schweizerinnen nach, sie redeten nicht gerne über Geld. Doch beim Budget der öffentlichen Hand werden dann alle redselig, in den Gemeinden, aber auch in diesem Ratssaal, nicht ganz so wie in früheren Jahren, aber dennoch. Das Verhältnis dieses Rates zur Budget-Debatten ist ein gespaltenes. Sie soll kurz sein, die Redezeit ist beschränkt und dennoch möchten sich alle äussern, die meisten dann eben etwas zu lange – die Glocke erklingt. Was wir hier tun, ist nichts Lästiges, nein, es ist unsere Pflicht, denn wir haben die Budget-Hoheit. Dazu gehört, dass wir die Vorlage des Regierungsrats kritisch prüfen und korrigierend einwirken, wenn es das braucht. Wir haben es heute Nachmittag gehört: «Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen». Das haben wir alle zu Beginn dieser Legislatur gelobt. Dieses Amtsgelübde lässt keine blinden Flecke zu. Das heisst, wir müssen alle Leistungsgruppen mit der gleichen Kritik und der gleichen Offenheit ansehen. So oft wie ich in den letzten zwei Tagen – und gerade bei den letzten paar Voten – das Wort «Bestellung» gehört habe, habe ich mich tatsächlich manchmal fast in einem Restaurant gewähnt. So führte auch Regierungsrat Stocker (*Ernst Stocker*) aus, dass wir in diesem Rat – wie oft – beim Regierungsrat Bestellungen aufgeben, und diese Bestellungen, die kosten eben. Bis hierher bin ich mit ihm sogar einig. Doch da hört die Einigkeit nun auch gleich wieder auf, denn die Bestellungen sind

nicht bis auf die letzte Zutat auserkoren, auch nehmen unsere sieben Köche und Köchinnen sich teilweise auch riesige Freiheiten bei der Umsetzung. So ist es der Regierungsrat – gemeinsam mit der Verwaltung –, der entscheidet, ob aus unserer Bestellung ein einfacher Salat oder ein fünfgängiges Menu wird. Es ist Teil des Spiels, das der Regierungsrat das fünfgängige Menu sogar beantragt. Das gehört dazu. Aber es ist unsere Aufgabe, es zu prüfen und genau hinzuschauen und die Frage zu stellen: Hätte es der einfache Salat auch getan? Darf es wirklich etwas mehr sein? Geben wir uns mit einem Dreigänger zufrieden? Wir müssen darauf achten, dass wir den Fokus nicht verlieren. Wir möchten, müssen unsere Pflichten – wie im Amtsgelübde – eben gewissenhaft erfüllen. Das heisst, dass wir uns bewusst sind, dass wir hier für die Bevölkerung und die Unternehmen des Kantons Zürich arbeiten. Wir müssen Sorge tragen, dass ihre Steuergelder da eingesetzt werden, wo sie eben auch ihnen wieder zugutekommen, das heisst, da wo sie wirklich gebraucht werden. Wir Grünliberalen, wir wissen, Bestellungen kosten. Wir sind überzeugt, die Kosten bei der Pflege, beim Umweltschutz, bei der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, dass dies Investitionen in die Zukunft sind. Entsprechend fordern wir aber auch ein Return on Investment, wie wir das dieses Jahr bei der Digitalisierung eingefordert haben; ein Effizienzgewinn, einen Mehrwert eben für die gesamte Bevölkerung.

So wie wir den Diskurs über die Kosten nicht scheuen, so schrecken wir eben auch nicht vor korrigierenden Eingriffen im Budget zurück. Wir sind klar der Meinung, dass gerade in der Kernverwaltung ein Kostenwachstum, das weit über dem Bevölkerungswachstum liegt, nicht dem entspricht, was wir bestellt haben. Mit dieser Grundhaltung sind wir in die Budget-Debatte eingestiegen. Wir haben alle Leistungsgruppen geprüft, ohne blinde Flecke. Wir haben überall die Frage gestellt, wie viele Gänge dieses eine Menü braucht. Dann haben wir die Anträge gestellt und aus dem politischen Zentrum heraus Mehrheiten geschaffen.

An dieser Stelle möchte ich mich als allererstes bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen ganz herzlich für ihre geleistete Arbeit herzlich bedanken. Doch ich möchte es nicht unterlassen, mich bei all unseren Partnern in diesem Rat – und ich meine wirklich allen Partnern, auf allen Seiten – herzlich zu bedanken für die konstruktive Zusammenarbeit und die konstruktive Debatte. Ein besonderer Dank geht aber an die Mitte-Fraktion. Gemeinsam mit ihr ist es uns gelungen, aus dem politischen Zentrum ein Budget zu verhandeln, das verantwortungsvoll, nachhaltig und ausgewogen ist. Ich bin stolz, können wir heute ein grünliberales Budget verabschieden. Ich danke Ihnen.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Wer nichts Neues will, der verursacht auch keine Kosten. Ungefähr so könnte man die Grundhaltung zusammenfassen, die diese Budget-Debatte von A bis Z regiert hat. Unser Staat ist mit dieser Debatte kein bisschen teurer und keinen Deut günstiger geworden, denn es fehlt diesem Budget am wichtigsten Kapital jedes Parlaments: Es fehlt diesem Budget am politischen Willen, wie wir die nächste Zukunft in diesem Kanton gestalten wollen. Deshalb ist das Budget 2024 kein guter Vorbote dafür, was die Zürcher Bevölkerung von diesem Parlament in den nächsten vier Jahren erwarten darf.

Im Sommer – ich erinnere Sie – hat die Regierung ihre Legislaturziele veröffentlicht. Aber ich frage mich heute, wo haben sich diese Ziele in diesem Budget niedergeschlagen? Wo finden wir die nötigen Schwerpunkte etwa für die viel gelobte Verkehrs- und Energiewende oder für die Förderung des bezahlbaren Wohnraums? Wo spüren wir etwas vom Willen, die Bedingungen für die Pflegenden zu verbessern oder die Fehleranreize zu eliminieren, die zur Kostenexplosion in der Gesundheit führen? Es ist klar, das Budget ist nicht der Ort, wo man Berge bewegt. Aber es ist ein Spiegel des Willens, Berge bewegen zu wollen. Doch die Spar-Allianz der Bürgerlichen, flankiert von SVP und GLP, kneift genau an diesem Punkt. Sie schickt einen Sparauftrag von 175 Millionen Franken ab, ohne zu sagen, wo man denn eigentlich sparen will. Sie verabschiedet eine KEF-Erklärung, um ab 2025 jährlich eine Viertelmilliarde zu sparen, und überlässt auch hier den notabene politischen Entscheid explizit dem Regierungsrat. Der Sparauftrag wird übrigens damit begründet, dass die Gefahr bestünde, dass der mittelfristige Ausgleich nicht mehr gewährleistet sei. Doch diese Gefahr ist offenbar nicht so gross, dass man gleichzeitig den Steuerfuss senken und auf Einnahmen verzichten kann. Einfach noch nebenbei gesagt: Im neuen Steuer-Ranking von UBS/CS (*Schweizer Grossbank*) belegt Zürich inzwischen den fünfbesten Platz bei den natürlichen Personen. Die heutige Steuerfuss-Senkung kann also nur ideologisch begründet werden, denn sie schadet dem mittelfristigen Ausgleich. Dem Standort, übrigens, bringt sie auch nichts, da unser Kanton wahrlich genug zu bieten hat.

Es ging in dieser Debatte also hauptsächlich darum, mit der Sparfahne ein bisschen zu wedeln. Die bürgerliche Spar-Allianz will eine Personalbremse, obwohl das grösste Personalwachstum in den Direktionen der bürgerlichen Regierungsmitglieder stattgefunden hat. Sie will die Digitalisierung vorantreiben, fürchtet aber jede zusätzliche Stelle, die dafür geschaffen wird. Man will einen Justizpalast und verkündet dann laut, dass man beim Personal doch ein bisschen sparen möchte. Sie sehen: Das hat Methode. Unter dem Jahr beauftragt man den Regierungsrat ins «Kässeli» zu greifen. Und wenn er das getan hat, haut man ihm zum Jahresende schön und möglichst laut und medienwirksam eins auf die Finger. Wer aber echte Veränderung will, eine, die die gegenwärtigen Probleme angeht und die Zukunft in unserem Kanton in den Blick nimmt, braucht keine finanzpolitischen Spielchen. Wir Grünen wollen, wie unsere Parteipräsidentin Selma L'Orange Seigo schon zu Beginn gesagt hat, mehr Lebensqualität durch einen guten Service Public mit einem attraktiven ÖV, mit einem bezahlbaren Gesundheitswesen und mit guten Strukturen in der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Und wir wollen eine sozial- und notabene auch wirtschaftsverträgliche Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Die Grünen fragen aber nicht, was die Klima-Massnahmen kosten. (*Heiterkeit*) Wir Grünen fragen, wie viel sind uns die Klimamassnahmen wert. Im Gegensatz zur GLP sind die Klima-Massnahmen für uns Grünen 1 Steuerprozent wert, weil wir damit einen gewichtigen Beitrag an die Zukunft unserer Kinder und Enkel leisten. Angesichts der Aufgaben, die auf uns zukommen, gibt es keinen Grund, ohne Not zu sparen und durch eine

Steuerfuss-Senkung unnötig auf Einnahmen zu verzichten. Darum lehnen wir Grünen dieses Budget ab; dieses Sparbudget hat wahrlich keine Zukunft.

*Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen):* Geld wächst nicht auf Bäumen, Geld wächst nicht auf Bäumen und somit wachsen auch keine Steuererträge auf Bäumen. Das Geld muss zuerst – zuweilen – sehr hart verdient werden. Aus dem Verdienst wird dann ein Teil in Form von Steuern entnommen und wird auf der anderen Seite für die verschiedenen Dienstleistungen des Staates eingesetzt. Das ist gut so. Wie von Finanzdirektor Ernst Stocker gehört, bezahlen 25 Prozent der Steuerpflichtigen rund 80 Prozent aller Steuern und 3 Prozent kommen für 40 Prozent auf. Statt also über die Reichen zu schimpfen, gilt es, diese Bevölkerungsgruppe positiv zu würdigen. Natürlich haben wir uns das gut überlegt, ob es eine Senkung des Steuerfusses verträgt, insbesondere da grosse Investitionen auf uns zukommen. Dem Kanton Zürich geht es weiterhin gut. Unser Kanton steht auf einem stabilen finanziellen Fundament. Die Steuererträge sind soweit stabil, auch die zukünftige Steuerertragslage sieht zuversichtlich aus. Gemäss KEF 2024 bis 2027 werden die Steuern in den kommenden Jahren weiter ansteigen, daher verträgt es die doch klein dosierte Steuersenkung von 1 Prozent. Dies auch, damit die steuerliche Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons verbessert wird. Eine zweiprozentige Senkung des Steuerfusses wäre nicht mutlos, wie das uns gestern vorgeworfen wurde, sondern übermütig. Daher haben wir hierfür auch keine Hand geboten.

Seit eh setzt sich die Mitte dafür ein, dass die Ausgaben und Einnahmen in der Balance sind. Wir verfolgen dabei zwei Leitplanken: klare Budget-Disziplin und ein haushälterischer Umgang mit Steuergeldern. Daher haben wir die Pauschalkürzung von 175 Millionen Franken unterstützt. Die Pauschalkürzung ist mit dem Auftrag an den Regierungsrat verbunden, das Ausgabenwachstum abzubremsen, das sich insbesondere im überproportionalen Stellenwachstum zeigt. Dass es mehr personelle Ressourcen braucht, weil unser Kanton immer mehr Bewohner hat, dem widerspricht wohl niemand. Die Personalzunahme soll jedoch proportional zur Zunahme der Bevölkerung sein und nicht grösser als diese. Wo dies geschehen soll, überlassen wir dem Regierungsrat, denn wir sind zuversichtlich, dass sich der Regierungsrat finden wird. Dabei sollte als Entscheidungsbasis die Frage gestellt werden, was ist need to have und was ist nice to have? Was ist ein Muss und auf was kann verzichtet werden? Ein differenziertes Vorgehen ist gefragt. Das Geld soll am richtigen Ort ausgegeben werden, dort, wo es wirklich benötigt wird. Selbstverständlich steht die Mitte dafür ein, dass schlechter gestellte und schwächere Mitglieder der Bevölkerung entsprechend unterstützt werden. Dass wir dies ernst meinen, bewies zuletzt unsere Jungpartei, die Junge Mitte, mit ihrer erfolgreichen Volksinitiative «Gesunde Jugend jetzt». Mit grossem Engagement und viel Herzblut setzte sich unsere Jungpartei dafür ein, dass der psychischen Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen Sorge getragen wird. Die Mitte setzt sich also dafür ein, dass der Kanton Zürich ein attraktiver Standort ist und bleibt, nicht nur, was die schöne Natur betrifft, sondern auch steuertechnisch. Wir stehen ein für Eigenverantwortung, gleichzeitig setzen wir



uns dafür ein, dass finanziell schwächere Menschen unterstützt werden, dies so weit wie möglich im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe.

Dass das Budget von Links abgelehnt wird, ist unverständlich. Ich gebe Ihnen, liebe Linke, gerne einen Tipp: Raus aus der Schwarzmalerei, raus aus dem Mangeldenken. Wir haben eine sehr gute Infrastruktur, eines der besten ÖV-Systeme, ein hervorragendes Bildungs- und Gesundheitswesen. Man muss es nur sehen wollen, es ist eine Frage des Blickwinkels. Und dort, wo Herausforderungen anstehen, gilt es, konstruktiv und lösungsorientiert heranzugehen. Mit der Pauschal Kürzung und der moderaten Steuerfuss-Senkung wird voll der Haltung der Mitte-Fraktion entsprochen. Die Mitte stimmt dem geänderten Budget 2024 zu. Besten Dank.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* «Keine Schuld ist dringender als die, Dank zu sagen.» Dieser Satz von Cicero (*römischer Philosoph und Politiker*) hat auch heute noch seine Gültigkeit. «Keine Schuld ist dringender als die, Dank zu sagen», für uns von der EVP-Fraktion ist es nicht einfach eine Schuld, die wir erledigen wollen, sondern es ist uns ein echtes Bedürfnis, danke zu sagen. Wir tun dies aber stets ganz bewusst am Ende der Budget-Debatte und nicht bei einer einzelnen Position in der Detailberatung. Nun ist also der Moment gekommen, danke zu sagen, allen Mitarbeitenden des Kantons Zürich, die ihren Einsatz übers ganze Jahr zum Wohle von uns allen, von der Bevölkerung, erbringen. Unser Dank gilt den Mitarbeitenden der Parlamentsdienste, der viel gescholtenen Kernverwaltung, den Lehrpersonen, dem Pflegepersonal, dem Spitalpersonal, den Angehörigen der Polizei, den Mitarbeitenden beim Strassenunterhalt, den Gerichten im Strafvollzug und allen anderen, die ihren Lohn vom Kanton erhalten. Sie alle tragen dazu bei, dass unser Kanton funktioniert und prosperiert. Auch wenn in den vergangenen zwei Tagen wieder viel geschimpft und gelästert wurde, unser Kanton schlecht geredet wurde, die Mitarbeitenden des Kantons als faul bezeichnet wurden, sprechen die Fakten eine ganz andere Sprache. Nach wie vor ist unser Kanton wohl der erfolgreichste in der ganzen Schweiz. Ich möchte auf jeden Fall nirgendwo anders leben. Das ist nur so dank all der Frauen und Männer, die sich Tag für Tag für unsere Gesellschaft, für uns, einsetzen. Das sollten wir nie vergessen.

Nur noch ein paar Worte zur Budget-Debatte: Aus unserer Sicht hat es sich bewährt, dass man die ähnlich gelagerten Budget-Anträge und KEF-Erklärungen gemeinsam beraten hat. Ebenso zufrieden sind wir mit der Redezeit von zwei Minuten, denn durch längere Redezeiten würden die Voten nicht besser, sondern nur länger. Die Einschnitte beim Budget sind übers Ganze gesehen im minimal invasiven Bereich geblieben. Sie werden kaum Wirkung zeigen. Der Regierungsrat darf dies als Kompliment anschauen, denn letztlich ist das der Tatbeweis: Der Kantonsrat kann es auch nicht besser.

Die EVP hat in den vergangenen Jahren im Kantonsrat stets die Haltung vertreten, lieber ein schlechtes Budget als gar keines. Und an dieser Haltung hat sich auch in diesem Jahr wenig geändert. Deshalb kommt es für Sie wohl auch nicht überraschend, wenn ich Ihnen bekannt gebe, dass die EVP dem Budget zustimmen wird.

Gerne hätte ich uns allen an dieser Stelle nun frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr gewünscht. Doch werden wir uns bereits am nächsten Montag nochmals sehen. Zur Erinnerung: So eine Doppelsitzung kostet den Kanton Zürich rund 60'000 Franken. Da bleibt mir nichts anderes übrig, als uns allen einen schönen Abend zu wünschen; kommt alle gut nach Hause.

*Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf):* Es war die schnellste Budget-Debatte, die ich als langjährige Kantonsrätin erlebt habe. Nur auf Schnelligkeit zu setzen, ist aber nicht immer gut; das machte diese Budget-Debatte deutlich. Die kurzen Redezeiten und der Zusammenzug von einzelnen weit auseinandergehenden Anträgen zu einem Paket war eine Herausforderung, unseren Standpunkt inhaltlich gut begründet und in zwei Minuten darlegen zu können. Selbstkritisch muss ich anmerken, dass ein besserer vorgängiger Austausch zwischen SP, Grünen, AL und EVP sicher gut gewesen wäre. Wir hätten uns besser abstimmen müssen und wären vielleicht mit einigen Anträgen erfolgreicher gewesen und hätten vielleicht einen Beitrag zu einer weniger abgehackten Debatte beitragen können. Die Zusammenarbeit in der Klima- und Zukunfts-Allianz hat eigentlich bewiesen, dass gut diskutierte Kompromisse für einen guten Boden sorgen und für erfolgreiche Arbeit steht.

Es war nicht nur die schnellste Budget-Debatte, sondern auch die doofste. (*Heiterkeit*) Ich kann es nicht anders sagen. Die bürgerliche Mehrheit mit GLP und Mitte hat mit ihren Rasenmäher-Anträgen kein gutes Licht auf das Parlament geworfen. Statt dem Regierungsrat, der ein nicht innovatives und ein ideenloses Budget vorgelegt hat, klar zu sagen, in welchen Bereichen gespart werden soll, beschränkte sich die verzweifelte Spar-Allianz auf Sammelanträge. Sie vertraut dabei gutgläubig dem Regierungsrat, dass er den Rotstift schon am richtigen Ort ansetzen möge. Den Rotstift hat der Regierungsrat nun von André Müller von der FDP erhalten. Dieses Vorgehen – mit den Sammelanträgen und dem Vertrauen auf den Regierungsrat – wirft kein gutes Licht auf das Parlament, das sich selbst entmachtet.

Noch ein Wort zu den Prämienverbilligungen, die gemäss KVG (*Bundesgesetz über die Krankenversicherung*) für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen durch Bundes- und Kantonsbeiträge vorgesehen sind. Mit den steigenden Lebenshaltungskosten – die Schweiz gehört zu den teuersten Ländern der Welt – verschiebt sich die Definition des Wortes «bescheiden». Mit einem steuerbaren Einkommen von 60'000 Franken kommt man heute nicht weit. Das wissen Sie alle. Luxus liegt dabei angesichts der hohen Kosten für Miete, ÖV, Energie, Lebensmittel et cetera nicht drin. Das heisst, dass die Einkommensgrenze für den Erhalt von Prämienverbilligungen unweigerlich nach oben korrigiert werden muss. Wir bitten die Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) dafür zu sorgen, dass das Chaos bei den Prämienverbilligungen gestoppt wird, die Abläufe verbessert und verschlankt sowie transparent für die gesamte Bevölkerung gestaltet und einfacher werden. Die Prämienverbilligungen sind kein Almosen. Sie sind vom Bund her von Anfang an vorgesehen und sollen nicht nur Menschen

mit tiefen Einkommen, sondern auch Menschen mit mittlerem Einkommen zuzugewinnen. Wir danken der Gesundheitsdirektion schon jetzt für ihre gute Arbeit.

Die Alternative Liste lehnt das Budget ab. Es ist ein ideenloses Budget, das mit den Rasenmäher-Anträgen der bürgerlichen Ratsmehrheit inklusive GLP und Mitte noch getoppt wurde, und dies alles nur, um eine Steuerfuss-Senkung durchzubringen und Gutverdienenden unterwürfig ein Zückerchen zuzuwerfen. Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

*Regierungsrat Ernst Stocker:* Ich kann es kurz machen. Ich möchte Ihnen trotz allen Unkenrufen für die konstruktive und speditive Debatte danken. Ich habe Ihren Worten interessiert zugehört. Ich möchte den Neuen im Rat sagen, dass es das noch nie gegeben hat. Bis anhin benötigen die Baudirektion und Bildungsdirektion fast einen halben Tag; heute, mit dem neuen Wind der neuen Kantonsrätinnen und Kantonsräte, noch je eine halbe Stunde. Was wollen wir mehr?

Ich möchte nochmals festhalten: Der Kanton Zürich ist mit diesem Budget stabil, verlässlich und attraktiv. Er hat in der letzten Legislatur alle seine hohen Investitionen getätigt und knapp ein Milliarde Franken Schulden abgebaut. Alle, die dem Unkenruf verfallen und sagen, es sei ganz schlimm, denen möchte ich entgegen, ich glaube, wir können das. Wir haben auch die Corona-Pandemie gemeistert, zum Glück. Ich wünsche mir auch, dass wir die Herausforderungen hinsichtlich der Kriege in unserer Nähe, die Flüchtlingsströme, dass wir hierzu Lösungen finden. Wir müssen schauen, dass wir uns auch auf die wesentlichen Punkte festlegen. Was ist für unsere Bevölkerung eigentlich zentral? Wir haben heute von Umfragen geredet. Wenn wir Frau und Herrn Zürcher oder unsere Bevölkerung fragen würde, dann würde vermutlich dabei rauskommen, dass das Leben und das Sein im Kanton Zürich nicht so schlecht sei. Ich möchte einfach nochmals festhalten: Dieses Budget, das wurde jetzt von Ihnen um 7,5 Millionen Franken verändert, auf 19'000 Millionen Franken gab es Veränderungen von 7,5 Millionen Franken, weil Sie allen Leistungsgruppen, die die Präsidentin Ihnen heruntergelesen, zugestimmt haben. Diese Kredite sind draussen. Der Pauschalantrag ist eine andere Sache; das muss ich nicht weiter erklären. Sie wissen genau, was das ist. Es liegt in der Natur der Sache, dass in der Elefantenrunde Positionen markiert werden. Das gehört dazu. Ich jedenfalls freue mich auf die bescheidenen Menü-Bestellungen 2024 und bitte Sie, dem Budget zuzustimmen. Besten Dank.

*Schlussabstimmung über das Budget 2024*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 115 : 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Budget für das Rechnungsjahr 2024 zuzustimmen.**

*II. Die Finanzmotion KR-Nr. 451/2022 betreffend Arbeitsplatzflächen pro Person (Leistungsgruppe KR-Nr. 8700) wird als erledigt abgeschrieben.*

*III., IV.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Wir kommen noch zum KEF 2024 bis 2027. Sie haben den konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2024 bis 2027 zur Kenntnis genommen. Von den ursprünglich 28 KEF-Erklärungen haben wir 6 überwiesen, und zwar die Nummern 1, 2, 9, 10, 13 und 26; nicht überwiesen wurden 18 KEF-Erklärungen.

Das Geschäft ist erledigt.